Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß)

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.
— Drucksache 12/3978 —**

Entwurf eines Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes

A. Problem

Die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages muß gemäß Artikel 48 Abs. 3 GG so bemessen sein, daß die Unabhängigkeit des Abgeordneten gesichert wird. Für die Entschädigung der Mitglieder des Europäischen Parlaments gelten die gleichen Maßstäbe.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages ist in ihrem Bericht gemäß § 30 AbgG vom 15. Oktober 1992 — Drucksache 12/3470 — zu dem Ergebnis gekommen, unter Berücksichtigung der Einkommens- und Preisentwicklung hätte eine Erhöhung der Entschädigung nach § 11 AbgG um 4,7 v. H. und der Kostenpauschale nach § 12 AbgG um 3,69 v. H. zu erfolgen.

B. Lösung

1. Die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages nach § 11 AbgG wird um 2,35 v. H. von 10 128 DM auf 10 366 DM angehoben.
2. Die Entschädigung der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments nach § 9 EuAbgG wird um 2,35 v. H. von 10 128 DM auf 10 366 DM angehoben.
3. Die Kostenpauschale für die Mitglieder des Bundestages nach § 12 Abs. 2 AbgG wird um 3,69 v. H. von 5 765 DM auf 5 978 DM erhöht.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

- Verschiebung des Termins der Erhöhung
- Beibehaltung der geltenden Rechtslage
- Erhöhung um die im Bericht der Präsidentin genannten Sätze.

D. Kosten

1992: 2,3 Mio. DM

1993: 4,6 Mio. DM.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachten Entwurf eines Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes — Drucksache 12/3978 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 14. Januar 1993

Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Dieter Wiefelspütz

Joachim Hörster

Manfred Richter (Bremerhaven)

Johannes Singer

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Manfred Richter (Bremerhaven) und Johannes Singer

I.

Abgeordnete besitzen nach Artikel 48 Abs. 3 GG einen Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung.

Sie muß — so das Bundesverfassungsgericht in den Leitsätzen zu seinem Urteil vom 5. November 1975 (BVerfGE 40, 296 ff.) so bemessen sein, „daß sie auch für den, der, aus welchen Gründen immer, kein Einkommen aus einem Beruf hat, aber auch für den, der infolge des Mandats Berufseinkommen ganz oder teilweise verliert, eine Lebensführung gestattet, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist“.

Bei der Bemessung einer Entschädigung der Abgeordneten muß die Rechtsstellung des Abgeordneten als eigenständiges „Verfassungsorgan“ (so der „Bericht der unabhängigen Persönlichkeiten über die Beratung der Präsidentin bei Überprüfung der für die Mitglieder des Bundestages bestehenden materiellen Regelungen und Bestimmungen“, Drucksache 11/7398, Tz. 2.1, S. 3), wie sie sich aus Artikel 38 Abs. 1 Satz 1 GG ergibt, berücksichtigt werden. Dabei dürfen neben den verfassungsrechtlichen Vorgaben in Artikel 38 Abs. 1 Satz 2 und Artikel 48 Abs. 3 Satz 1 GG auch gewisse tatsächliche Entwicklungen und Veränderungen in der Verfassungswirklichkeit nicht außer Betracht bleiben, die sich auf die Abgeordnetentätigkeit in der Gegenwart auswirken.

Die Entschädigung gemäß Artikel 48 Abs. 3 GG muß in einem Bundesgesetz näher geregelt werden.

Der Deutsche Bundestag ist gemäß § 30 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) bei seinem Gesetz zur Anpassung der Entschädigung der Abgeordneten gehalten, den Vorschlag der Präsidentin des Deutschen Bundestages in ihrem Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung zu berücksichtigen.

Der von der Präsidentin des Deutschen Bundestages gemäß § 30 AbgG am 15. Oktober 1992 vorgelegte Bericht (Drucksache 12/3470) kommt zu folgenden Ergebnissen:

- „1. Unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen tariflichen Einkommensverbesserung von rund 5,6% und einer Steigerung der Bruttolohn- und Gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (d. h. durch die Zahl der abhängig Beschäftigten dividierte Gesamtsumme aller Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit) um 3,8%, müßte die Entschädigung nach § 11 AbgG um 4,7% (476 DM) auf 10 604 DM angehoben werden.
2. Unter Zugrundelegung einer Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 3,3% und einer Steigerung der

Einzelhandelspreise für typische mandatsbedingte Ausgaben von bis zu 5,3% müßte die Kostenpauschale nach § 12 Abs. 2 AbgG um 3,69% (213 DM) auf 5 978 DM angehoben werden.“

Der Bericht der Präsidentin des Deutschen Bundestages schließt mit folgendem Vorschlag:

„Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der Ältestenrat eine Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts einschließlich der Höhe und der Struktur finanzieller Leistungen eingesetzt hat, schlage ich im Benehmen mit dem Ältestenrat in Abänderung der bislang üblichen Verfahrensweise vor, diesen Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts unmittelbar mit der Bitte um Beratung und Stellungnahme zur Frage der derzeitigen Angemessenheit der Entschädigung zu überweisen.“

Die Unabhängige Kommission hat mitgeteilt, daß sie sich beim derzeitigen Stand ihrer Beratungen zu einer Stellungnahme zu den ermittelten Anpassungsbeträgen nicht in der Lage sieht.

Der vorliegende Gesetzentwurf folgt hinsichtlich der Kostenpauschale dem Ergebnis des Berichtes der Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Im Hinblick auf die Entschädigung bleibt der Entwurf hinter dem Berichtsergebnis zurück und schlägt eine Erhöhung um lediglich 2,35% (238 DM) statt der ermittelten 4,7% (476 DM) vor. Dies geschieht — so die Entwurfsverfasser — „im Hinblick auf die von einer notwendigen Begrenzung des Ausgabenwachstums ausgehenden Signalwirkung“.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments erhalten wie die Mitglieder des Bundestages eine Entschädigung von 10 128 DM. Diese wird zum gleichen Zeitpunkt wie die Entschädigung nach § 11 AbgG auf 10 366 DM angehoben.

II.

Über die Vereinbarkeit der Vorlage mit dem Bundeshaushalt wird auf den vom Haushaltsausschuß gesondert vorgelegten Bericht nach § 96 GO-BT an das Plenum verwiesen.

III.

Der Ausschuß hat dem Gesetzentwurf mit der Mehrheit seiner Mitglieder gegen die Stimmen eines Mitglieds der Fraktion der F.D.P. und der Mitglieder der

Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei zwei Enthaltungen von Mitgliedern der Fraktion der SPD zugestimmt.

Der Antrag, Artikel 3 des Gesetzentwurfes dahingehend zu ändern, daß das Gesetz mit Wirkung vom 1. Januar 1993 in Kraft tritt, fand keine Mehrheit.

Bonn, den 14. Januar 1993

Joachim Hörster

Manfred Richter (Bremerhaven)

Johannes Singer

Berichterstatler